

Joe Bidens lange Geschichte

Ukraine Der US-Präsident beschäftigt sich schon länger mit einem Konflikt, der seine Außenpolitik einem Härtesten unterzieht

■ Konrad Ege

Manche der alten Kalten Krieger in den USA fühlen sich offenbar bestärkt. Der von einem Ex-KGB-Offizier regierte Kontrahent im Osten – fast möchte man sagen, die Sowjetunion – hat Streitkräfte zusammengezogen an der Grenze eines mit den USA befreundeten Landes. Auf den Bildschirmen sprechen Experten und Politiker über Wirtschaftsanktionen und militärische Optionen. Aber das Reden ist eines: Dem „normalen Amerikaner“ lässt sich nicht so leicht erklären, warum die Regierung voll einsteigen soll in einen brandgefährlichen Konflikt weit weg.

Der 79-jährige Präsident Joe Biden und die Ukraine haben eine lange und wechselhafte Geschichte, innen- und außenpolitisch. Der demokratische Politiker hat sich zeit seiner Karriere Umständen angepasst, stets mit dem Hang zum Machbaren. Aus diesem Gemisch kommen die Schritte in Sachen Ukraine, sie reichen von scharfen Worten über Militärlieferungen (laut Außenminister Antony Blinken 2021 mehr als in den Vorjahren) bis zu sanften Bremsmanövern und der Versicherung im Dezember, die USA würden keine Streitkräfte in die Ukraine schicken, um sich „gegen ein einmarschierendes Russland“ zu stellen.

Fan der NATO-Osterweiterung

In vielen US-Medien entfalten sich die Ereignisse in Osteuropa als Kampf der Guten gegen die Bösen. Bidens Politik tut, was in seinen Augen US-Interessen dient. Er ist der Mann, der trotz großer Aufregung die letzten US-Truppen aus Afghanistan abgezogen hat. Gelegentlich erweckt der Vielredner in Washington den Eindruck, er habe die Auswirkungen seiner Sprüche nicht ganz durchdacht, wenn er Präsident Putin „Killer“ nennt und erklärt, er rechne mit einem russischen Einmarsch in der Ukraine. Doch wird diese Prophezeiung mit der Einschränkung versehen, „ein geringfügiges Eindringen“ sei etwas anderes als eine Invasion.

Als US-Senator und Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im Senat galt Biden wie viele seiner Parteikollegen als Fan einer Osterweiterung der NATO. Unter Barack Obama (2009–2017) war Vizepräsident Biden der Mann für die Ukraine. Sechs Mal hat er das Land besucht, der damaligen Regierung des Staatschefs Petro Poroschenko den Rücken gestärkt und Maßnahmen gegen Korruption verlangt, wohl in



Als Vizepräsident war Biden sechs Mal in der Ukraine

der Erwartung, eine demokratischere Ukraine wäre ein akzeptabler Teil des Westens. „Sie kämpfen gegen den Krebs der Korruption, der weiterhin die Demokratie der Ukraine von innen aushöhlt, und sie kämpfen gegen die unerbittliche Aggression des Kreml“, bescheinigte Biden Politikern in Kiew bei seiner letzten Reise 2017.

Nach der russischen Annexion der Krim 2014 soll sich Biden für Waffenlieferungen an die Ukraine eingesetzt haben, darunter Anti-Panzerraketen. Obama wogelte ab. Einem Journalisten des Magazins *The Atlantic* sagte er später: „Fakt ist, dass die Ukraine als ein Nicht-Mitglied der NATO unverwundbar bleiben wird gegenüber russischer militärischer Vorherrschaft, unabhängig davon, was wir tun.“ Der damalige Präsident vertrat die Ansicht, die Ukraine sei für Russland „Kerninteresse, jedoch nicht für Amerika“.

Im Wahlkampf 2020 wurde bekannt, dass Donald Trump den ukrainischen

Staatschef Wolodymyr Selenskyj telefonisch bedrängt hatte, ihm einen „Gefallen“ zu tun, um Biden politischen Schaden zuzufügen. Trumps Wahlhelfer und Rechtsanwalt Rudy Giuliani hatten die abenteuerliche These in Umlauf gebracht, Vater Biden habe versucht, Ermittlungen gegen die ukrainische Energiefirma Burisma zu stoppen, in der sein Sohn Hunter als Berater kräftig verdient habe.

Spielball von Donald Trump

Der Streit über Trumps Vorgehen – manche Kommentare nannten es Erpressung – sollte ein wesentlicher Teil eines ersten Verfahrens zur Amtsenthebung gegen Trump werden. Der Vorwurf: Der Präsident habe sein Amt missbraucht und 391 Millionen Dollar Militärlieferungen zurückgehalten, bis Selenskyj Ermittlungen gegen die Bidens ankündigt werde, hieß es. Demokraten gaben sich empört: Trump habe der auf-

strebenden Demokratie in der Ukraine geschaden. Das war Wasser auf die Mühlen stetiger Mutmaßungen in Teilen des Westens, Trump helfe – warum auch immer – seinem „Freund“ Wladimir Putin.

Bei Kongressanhörungen Ende 2019 sagten Offizielle aus dem Außenministerium und dem Nationalen Sicherheitsrat über Trumps Einflussnahme aus. Eine angebliche Schattenregierung des Teams Trump habe in der Ukraine gewerkelt. Demokratische Politiker prangerten an, Trump habe aus wahltaktischen Gründen seinen Amteid verraten. Das zielte auf das ganz große Drama, ging aber nicht auf. Die republikanische Mehrheit im Senat stimmte im Februar 2020 gegen eine Amtsenthebung, „VICTORY on the Impeachment Hoax“, feierte Trump auf Twitter. Er habe gewonnen gedacht, „Impeachment-Unsinn“.

Die Demokraten hatten die Trump-Loyalität der Republikanischen Partei unterschätzt. Überschätzt hatten sie hingegen

das Ausmaß der öffentlichen Empörung über Trumps Ukraine-Vorstoß. Von dem Mann im Weißen Haus waren US-Amerikaner ganz anders gewohnt. Die Ukraine, dieses ferne Land im Osten Europas, hatte die Öffentlichkeit nie so recht gepackt. Im Dezember 2020 begrüßte Selenskyj in der *New York Times* Bidens Wahlsieg, der sein Land „besser als vorherige Präsidenten“ kenne. Er werde helfen, den Konflikt im Donbass zu schlichten und „die Besetzung unseres Territoriums zu beenden“.

Obama meinte, die Ukraine sei für Russland Kerninteresse, nicht jedoch für Amerika

Bei der gegenwärtigen Ukraine-Debatte fallen Republikaner zurück in die Rhetorik des Kalten Krieges und behaupten, die Demokraten zeigten Schwäche gegen Russland. Biden hätte längst weitreichende Wirtschaftsanktionen gegen Moskau verhängen sollen, um eine Invasion abzuwenden, so Trumps einstiger Außenminister Mike Pompeo bei *Fox News*. Eine „kompetente Regierung“ hätte US-Streitkräfte an die ukrainische Grenze verlegt und der Ukraine Beistand im Fall einer Invasion garantiert.

Das US-Außenministerium hat vergangenes Wochenende eine Reisewarnung erlassen für die Ukraine wegen der Gefahr „russischer Militärationen und wegen Covid-19“. Man solle auch nicht nach Russland reisen, US-Bürger in der Ukraine seien gut beraten, das Land zu verlassen. Gleiches gilt für Angehörige von Mitarbeitern der US-Botschaft in Kiew. Parallel dazu hat Biden mit hohen Beamten des Verteidigungsministeriums konferiert. Es sei die Option besprochen worden, 1.000 bis 5.000 US-Militärs nach Osteuropa zu verlegen. Truppen mit bis zu 8.500 Soldaten würden in eine „hohe Alarmstufe“ versetzt wegen eines möglichen Einsatzes in Osteuropa, um NATO-Verbündeten mehr Sicherheit zu geben.

Das ist weit weg vom amerikanischen Alltag mit steigender Inflation, Streit über Corona-Vorschriften und einem Wirtschafts- und Klimaprogramm, das im Kongress steckengeblieben ist. Wenige Tage nach seinem Amtsantritt hatte Biden eine Grundsatzzrede gehalten über „Amerikas Platz in der Welt“. In seiner Regierung sei Diplomatie der Schwerpunkt für die Außenpolitik. Der Ukraine-Konflikt ist der Härtesten für dieses Versprechen.

Russland ist Teil der Lösung

Strategischer Deal Wie die USA den Ukraine-Konflikt ohne Konfrontation beilegen könnten – in einer neuen Friedensordnung

■ Hans-Georg Ehrhart

Der russische Truppenaufmarsch und die weitreichenden Forderungen aus Moskau haben die westlichen Regierungen noch nicht dazu gebracht, über den Tellerrand stereotyper Reaktionen hinauszublicken. Dass Wladimir Putin Sicherheitsgarantien verlangt, ist nichts Neues. Ebenso wenig, dass er die Osterweiterung der NATO als Hauptgefahr betrachtet. Offenkundig hat er endgültig genug von einer Politik, die sich um russische Sicherheitsinteressen wenig schert.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 hatte Putin noch den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses beschworen. Als Gast des NATO-Gipfels in Bukarest warnte er 2008 davor, Georgien und die Ukraine in die Allianz aufzunehmen, woraufhin genau das im Prinzip beschlossen, wenn auch noch nicht vollzogen wurde. Es folgte der kurze russisch-georgische Sommer-Krieg. Die westliche Ukraine-Politik und die Flucht des russ-

landfreundlichen Kiewer Staatschefs Viktor Janukowitsch infolge der Maidan-Unruhen führten im März 2014 zur Annexion der Krim und militärischen Unterstützung von Separatisten in der Ostukraine.

Sieben Jahre später ereilt den Westen möglicherweise eine letzte Warnung. Bei allen Spekulationen über die Motive Putins ist zumindest klar, was er nicht will: die offene oder schleichende Einbindung der Ukraine in die NATO. Er ist offensichtlich bereit, diese rote Linie auch mit „militärisch-technischen Mitteln“ zu verteidigen. Zugleich verbindet er ein solches Ziel mit dem Versuch, die europäische Sicherheitsstruktur umzugestalten. Die Zeit dafür scheint günstig zu sein. Mit Joe Biden ist ein US-Präsident an der Macht, der wahrscheinlich nur eine Amtszeit hat und in diesen vier Jahren etwas erreichen möchte. Innenpolitisch will er die USA reformieren, außenpolitisch sich auf den Konflikt mit der neuen Weltmacht China konzentrieren. Darum muss Biden Ballast abwerfen. Mit dem Abzug aus Afghanistan hat er bereits ein teures Engagement weniger.

Russland ist die andere Last, besonders wenn es die sicherheitspolitischen Kosten in Europa, vielleicht sogar – wie von russischer Seite angedeutet – in geografischer Nähe zu den USA hochschraubt. Russland könnte aber auch Teil einer Lösung sein, je nachdem, wie sich die USA im Hinblick auf die Ukraine und eine europäische Sicherheitsarchitektur positionieren. Dabei ist Russland für Washington vorrangig aus zwei Gründen von sicherheitspolitischer Bedeutung. Es handelt sich um eine gleichwertige atomare Weltmacht, die über signifikante Cyber- und Weltraumkapazitäten sowie weitreichende zielgenaue Waffen verfügt – insofern eine potenzielle direkte Bedrohung für die USA, die Biden wieder in einem strategischen Rahmen einbinden möchte. Der zweite Grund hat mit China zu tun, für die USA eindeutig das größere Problem. Ein Konflikt mit beiden Herausforderern gefährdet die innenpolitische Agenda Joe Bidens und beschwört die womöglich altherkömmliche Möglichkeit herauf, Russland endgültig in die Arme Chinas zu treiben. Folglich

braucht Biden einen strategischen Deal mit Moskau, der aber nur denkbar ist, wenn er Putin bei einer europäischen Sicherheitsarchitektur entgegenkommt.

Postsowjetische Neutralität

Da der russische Präsident nicht zu blüffen scheint, ist es höchste Zeit, dass Deutschland und Partner mit attraktiven Vorschlägen dazu beitragen, die Lage zu deeskalieren. Putins Verhalten ist kritikwürdig, aber angesichts vorhandener Kriegsgefahr geht es darum, die Konfrontationsspirale nicht stetig weiterzudrehen. Dazu müsste das direkte Verhandeln der NATO mit Russland verstetigt werden und ein Konferenzprozess beginnen, der Möglichkeiten für eine neue europäische Friedensordnung behandelt. Es sollte zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen unterschieden werden. Kurzfristig wären etwa ein Moratorium für NATO-Erweiterungen, vertrauensbildende Maßnahmen, eine militärische Entflechtung, Rüstungskontrollgespräche und die Um-

setzung des Minsk-II-Vertrages wünschenswert. Mittelfristig könnten – vom Baltikum abgesehen – eine Neutralität der postsowjetischen Republiken und der Krim-Status mit der Option eines zweiten Referendums verhandelt werden.

Langfristig hieß dies aber auch, dass am Ende sowohl die NATO als auch das östliche Gegenstück, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), obsolet sein könnten, ersetzt durch ein System kollektiver Sicherheit. Aus heutiger Sicht klingt das illusorisch – aber worin besteht die Alternative, wenn man die Möglichkeit eines „Systemiegers“ ausschließt?

Für Russland wäre es attraktiv, würde der Westen ein solches Ziel anbieten, auch wenn es noch in weiter Ferne liegt. Es würde nicht viel kosten außer dem Eingeständnis, dass alles vergänglich ist, eben auch Militärbündnisse.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg